

S a t z u n g

über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die öffentlichen Verkehrsanlagen der Gemeinde Großschwabhausen

Auf Grund der § 19 Absatz 1 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 501) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. Nr. 2 S. 41) und der §§ 2 und 7a des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) in der Fassung vom 19. September 2000 (GVBl. S. 301), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes und des Thüringer Wassergesetzes vom 17. Dezember 2004 (GVBl. Nr. 22 S. 889), erlässt die Gemeinde Großschwabhausen folgende Satzung:

§ 1

Wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen

Die Gemeinde Großschwabhausen erhebt wiederkehrende Beiträge für Investitionsaufwendungen, die durch das Vorhalten von Verkehrsanlagen (öffentliche Straßen, Wege, Plätze) entstehen.

§ 2

Abrechnungseinheiten

Die in der Anlage zu dieser Satzung gekennzeichneten Verkehrsanlagen werden zu einer Abrechnungseinheit zusammengefaßt. Die Flurkarte als Anlage ist somit Bestandteil der Satzung.

§ 3

Beitragsfähiger Aufwand

(1) Beitragsfähig sind Investitionsaufwendungen für die Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung von:

1. Fahrbahnen
2. Gehwegen
3. Plätzen
4. Radwegen
5. Parkflächen
6. unselbständigen Grünanlagen/Straßenbegleitgrün
7. Straßenbeleuchtung
8. Oberflächenentwässerung
9. Böschungen, Schutz- und Stützmauern.

(2) Nicht beitragsfähig sind die Kosten

1. für die laufende Unterhaltung und Instandsetzung der in Abs. 1 genannten Anlagen,
2. für Hoch- und Tiefstraßen, sowie für Straßen, die für den Schnellverkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt sind (Schnellverkehrsstraßen), ferner Brücken, Tunnels und Unterführungen mit den dazugehörigen Rampen.

§ 4

Beitragstatbestand

Die wiederkehrenden Beiträge werden für alle in der Abrechnungseinheit gelegenen Grundstücke erhoben, die die Möglichkeit einer Zufahrt oder eines Zuganges zu den in der Abrechnungseinheit zusammengefassten Verkehrsanlagen haben.

§ 5

Verteilung des umlagefähigen Aufwandes

- (1) Der nach den §§ 3;6 und 7 ermittelte Aufwand wird nach Maßgabe ihrer Fläche auf die Grundstücke verteilt, die in der Abrechnungseinheit liegen. Dabei wird die unterschiedliche Nutzung der erschlossenen Grundstücke nach Art und Maß durch Vervielfachung der maßgeblichen Grundstücksfläche mit dem nach Absätzen 5 bis 8 maßgeblichen Nutzungsfaktor berücksichtigt.
- (2) Als Grundstücke i.S. des Abs. 1 gilt grundsätzlich der Flächeninhalt des Grundstücks im bürgerlich-rechtlichen Sinn. Soweit Flächen erschlossener Grundstücke baulich oder gewerblich nutzbar sind, richtet sich die Ermittlung des Nutzungsfaktors nach Absatz 6 und 7. Für die übrigen Flächen – einschließlich der im Außenbereich liegenden Teilflächen jenseits einer Bebauungsgrenze, einer Tiefenbegrenzungslinie oder der einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB – richtet sich die Ermittlung des Nutzungsfaktors nach Abs. 8.
- (3) Als baulich oder gewerblich nutzbar gilt bei erschlossenen Grundstücken
 - a) die insgesamt oder teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes und mit der Restfläche innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks,
 - b) die über die Grenzen des Bebauungsplanes in den Außenbereich hinausreichen, die Fläche im Bereich des Bebauungsplanes,
 - c) die im Bereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen und bei Grundstücken, die über die Grenzen einer solchen Satzung hinausreichen, die Fläche im Satzungsbereich,
 - d) für die kein Bebauungsplan und keine Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB besteht,
 - aa) wenn sie insgesamt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks
 - bb) wenn sie mit ihrer Fläche teilweise im Innenbereich (§ 34 BauGB) und teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks höchstens jedoch die Fläche zwischen der Erschließungsanlage und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 51 m zu ihr verläuft; bei Grundstücken, die nicht an die Erschließungsanlage angrenzen oder lediglich durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit ihr verbunden sind, die Fläche zwischen der Erschließungsanlage zugewandten Grundstücksseite und einer Linie, die in einem gleichmäßigen Abstand von 51 m verläuft,
 - e) die über die sich nach Buchstabe b) oder Buchstabe d) lit.bb) ergebenden Grenzen hinaus bebaut oder gewerblich genutzt sind, die Fläche zwischen der Erschließungsanlage bzw. im Fall von Buchstabe d) lit. bb) der Erschließungsanlage zugewandten Grundstücksseite und einer Linie hierzu, die in dem gleichmäßigen Abstand verläuft, der der übergreifenden Bebauung oder gewerblichen Nutzung entspricht.
- (4) Bei erschlossenen Grundstücken, die
 - a) nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind (z.B. Friedhöfe, Sportplätze,) oder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils so genutzt werden
oder
 - b) ganz oder teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen oder wegen entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nur in anderer Weise nutzbar sind (landwirtschaftliche Nutzung)
ist die Gesamtfläche des Grundstücks bzw. die Fläche des Grundstücks zugrunde zu legen, die von den Regelungen in Abs. 3 nicht erfasst wird.
- (5) Zur Berücksichtigung des unterschiedlichen Maßes der Nutzung wird die Fläche von Grundstücken, die baulich oder gewerblich nutzbar sind (Abs. 3) vervielfacht mit
 - a) 1,0 bei einer Bebaubarkeit mit 1 Vollgeschoss,
 - b) 1,25 bei einer Bebaubarkeit mit 2 Vollgeschossen
 - c) 1,5 bei einer Bebaubarkeit mit 3 Vollgeschossen,
 - d) 1,75 bei einer Bebaubarkeit mit 4 Vollgeschossen,
 - e) 2,0 bei einer Bebaubarkeit mit 5 Vollgeschossen.
- (6) Für Grundstücke, die ganz oder teilweise innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes liegen, ergibt sich die Zahl der Vollgeschosse wie folgt:

- a) Ist die Zahl der Vollgeschosse festgesetzt, aus der höchstzulässigen Zahl der Vollgeschosse.
 - b) Sind nur Baumassenzahlen festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse die Baumassenzahl geteilt durch 3,5 (wobei Bruchzahlen unter 0,5 auf die vorausgehende volle Zahl abgerundet und solche ab 0,5 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet werden).
 - c) Ist nur die zulässige Gebäudehöhe festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse in Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten i.S. v. § 11 Abs. 3 BauNVO die höchstzulässige Höhe geteilt durch 3,5, in allen anderen Gebieten die höchstzulässige Höhe geteilt durch 2,6 (wobei Bruchzahlen unter 0,5 auf die vorausgehende volle Zahl abgerundet werden solche ab 0,5 auf die nächste volle Zahl aufgerundet werden); dies gilt in gleicher Weise auch für den Fall, dass sowohl die zulässige Gebäudehöhe als auch gleichzeitig eine Baumassenzahl festgesetzt ist.
 - d) Dürfen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden, gilt die Zahl von einem Vollgeschoss je Nutzungsebene.
 - e) Ist gewerbliche oder industrielle Nutzung ohne Bebauung festgesetzt, gilt die Zahl von einem Vollgeschoss.
 - f) Ist tatsächlich eine höhere als die festgesetzte Zahl der Vollgeschosse vorhanden oder zugelassen, so ist diese zugrunde zu legen; dies gilt entsprechend, wenn die zulässige Baumassenzahl oder die höchstzulässige Gebäudehöhe überschritten wird.
- (7) Für Grundstücke außerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes oder für Grundstücke, für die ein Bebauungsplan die Zahl der Vollgeschosse, die Baumassenzahl oder die Gebäudehöhe nicht festsetzt, ergibt sich die Zahl der Vollgeschosse
- a) bei bebauten Grundstücken aus der Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse,
 - b) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken aus der Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse,
 - c) bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze zulässig oder vorhanden sind, wird je Nutzungsebene ein Vollgeschoss zugrunde gelegt;
- (8) Für die Flächen nach § 5 Abs. 4 gelten als Nutzungsfaktoren bei Grundstücken, die
1. aufgrund entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind (z.B. Friedhöfe, Sportplätze) oder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteile so genutzt werden 0,5
 2. im Außenbereich liegen oder wegen entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nur in anderer Weise nutzbar sind (z.B. landwirtschaftliche Nutzung), wenn
 - a) sie ohne Bebauung sind, bei

aa) Waldbestand oder wirtschaftlich nutzbaren Wasserflächen	0,0167
bb) Nutzung als Grünland, Ackerland oder Gartenland	0,0333
cc) gewerblicher Nutzung (z.B. Bodenabbau pp.)	1,0
 - b) sie in einer der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbaren Weise genutzt werden (z.B. Friedhöfe, Sportplätze) 0,5
 - c) auf ihnen Wohnbebauung, landwirtschaftliche Hofstellen oder landwirtschaftliche Nebengebäude (z.B. Feldscheunen) vorhanden sind, für eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt, mit Zuschlägen für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss entsprechend der Staffelung nach Abs.5, für die Restfläche gilt lit.a), 1,0
 - d) sie gewerblich genutzt und bebaut sind, für eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt, mit Zuschlägen für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss entsprechend der Staffelung nach Abs.5, für die Restfläche gilt lit.a) 1,3
 - e) sie ganz oder teilweise im Geltungsbereich einer Satzung nach § 35 Abs. 6 BauGB liegen, für die von der Satzung erfassten Teilflächen
 - aa) mit Baulichkeiten, die kleinen Handwerks- oder Gewerbebetrieben dienen, 1,3

- mit Zuschlägen für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss entsprechend der Staffelung nach Abs. 5,
- bb) mit sonstigen Baulichkeiten oder ohne Bebauung mit Zuschlägen für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss entsprechend der Staffelung nach Abs. 5, 1,0
- für die Restflächen gilt lit. a).
- (9) Vollgeschosse sind Geschosse i.S. des § 85 Abs. 2 ThürBO. Abweichend hiervon zählen bei Grundstücken außerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes als Vollgeschosse alle Geschosse, deren Deckenoberkante im Mittel mehr als 1,40 m über die Geländeoberfläche hinausragt und die über mindestens zwei Drittel ihrer Grundfläche eine lichte Höhe von mindestens 2,00 m haben. Satz 2 gilt auch für Grundstücke in Gebieten, in denen der Bebauungsplan keine Festsetzungen nach § 5 Abs. 6 Buchstabe a) bis c) enthält. Ist die Zahl der Vollgeschosse wegen der Besonderheit des Bauwerkes nicht feststellbar, so werden bei gewerblich oder industriell genutzten Grundstücken je angefangene 3,50 m und bei allen in anderer Weise baulich genutzten Grundstücken je angefangene 2,60 m Höhe des Bauwerkes (Traufhöhe) als ein Vollgeschoss berechnet. Kirchengebäude werden stets als eingeschossige Gebäude behandelt.
- 10) Zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Art der Nutzung werden die in Abs. 5 festgesetzten Faktoren um 0,3 erhöht.
- bei Grundstücken in durch Bebauungsplan festgesetzten Kern- und Handelsgebiete,
 - bei Grundstücken in Gebieten, in denen ohne Festsetzung durch Bebauungsplan eine Nutzung wie in den unter Buchstabe a) genannten Gebieten vorhanden oder zulässig ist;
 - bei Grundstücken außerhalb der unter den Buchstaben a) und b) bezeichneten Gebiete, die gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzt werden (so z.B. Grundstücke mit Büro-, Verwaltungs-, Post-, Bahn-, Krankenhaus- und Schulgebäuden), wenn diese Nutzung nach Maßgabe der Geschossfläche überwiegt. Liegt eine derartige Nutzung ohne Bebauung oder zusätzliche Bebauung vor, gilt die tatsächlich so genutzte Fläche als Geschossfläche.

§ 6 Gemeindeanteil

Der Anteil der Gemeinde am beitragsfähigen Investitionsaufwand beträgt **50 v. H.**

§ 7 Beitragssatz

- (1) Der Beitragssatz wird nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Satzung aus den jährlichen Investitionsaufwendungen ermittelt.

§ 8 Beitragspflichtige

- (1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Beitragsschuld Eigentümer des Grundstücks, Erbbauberechtigter oder Inhaber eines dinglichen Nutzungsrechts im Sinne des Artikels 233 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch ist. Bei einem restitutionsbelasteten Grundstück ist derjenige beitragspflichtig, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstücks, Erbbauberechtigter oder Inhaber eines dinglichen Nutzungsrechts im Sinne des Artikels 233 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch ist.
- Mehrere Beitragspflichtige sind Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.
- (2) Ist der Eigentümer, Erbbauberechtigter oder der Inhaber eines dinglichen Nutzungsrechts nicht im Grundbuch eingetragen oder ist die Eigentums- oder Berechtigungslage in sonstiger Weise ungeklärt, so ist an seiner Stelle derjenige abgabepflichtig, der zum Zeitpunkt des Entstehens

der Abgabepflicht der Besitzer des betroffenen Grundstückes ist. Bei einer Mehrheit von Besitzern ist jeder entsprechend der Höhe seines Anteils am Mitbesitz zur Abgabe verpflichtet.

§ 9

Entstehung und Fälligkeit der Beitragsschuld, Vorausleistung

- (1) Die Beitragsschuld entsteht jeweils mit Ablauf des 31. Dezembers für das abgelaufene Kalenderjahr.
- (2) Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.
- (3) Auf die Beitragsschuld können vom Beginn des Kalenderjahres an Vorauszahlungen verlangt werden. Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 10

Auskunftspflichtig

Die Beitragspflichtigen sind verpflichtet, der Gemeinde alle zur Ermittlung der Beitragsgrundlagen erforderlichen Auskünfte zu erteilen, auf Verlangen geeignete Unterlagen vorzulegen und jeden Eigentumswechsel, jede Veränderung der Grundstücksfläche bzw. der Anzahl der Vollgeschosse sowie jede Nutzungsänderung anzuzeigen.

§ 11

Überleitungsbestimmungen

Um eine Doppelbelastung zu vermeiden, werden Grundstücke für einen Zeitraum von höchstens 20 Kalenderjahren nach dem Jahr der Entstehung eines Anspruchs auf Erschließungsbeiträge (§§ 127 ff BauGB) oder eines einmaligen Beitrages (§ 7 ThürKAG) bei der Ermittlung des wiederkehrenden Beitrages nicht berücksichtigt und auch nicht beitragspflichtig. Der Zeitraum der Befreiung ist abhängig von dem Umfang der Maßnahmen, die dem Erschließungsbeitrag oder dem einmaligen Ausbaubeitrag zugrunde lag. Er beträgt für Maßnahmen an der Fahrbahn 6 Jahre, den Radwegen 3 Jahre, den Gehwegen 4 Jahre, der Straßenbeleuchtung 4 Jahre und der Straßenoberflächenentwässerung 3 Jahre. Waren mehrere Teileinrichtungen Gegenstand der Beitragspflicht, werden die sich aus Satz 1 ergebenden Zeiten addiert. Soweit sich der Erschließungsbeitrag bzw. der einmalige Beitrag auf eine Mischfläche bezog, beträgt der Zeitraum der Befreiung 17 Jahre.

§ 12

Bürgerbeteiligung

Vor der Baumaßnahme wird zum Zweck der Bürgerbeteiligung eine Bürgerversammlung über Ausbauumfang, Ausbaustandard und voraussichtlich zu leistende Beiträge durchgeführt. Die Ergebnisse der Bürgerversammlung sind dem Gemeinderat zur Kenntnis zu geben.

§ 13

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Großschwabhausen, den 30.08.2006
Gemeinde Großschwabhausen

H.-J. Schaffarzyk

Auflistung der Straßen in Großschwabhausen nach Art der Straße

I. Anliegerstraßen

1. Hainweg	ohne Gehweg
2. Lindenallee	mit Gehweg einseitig
3. Unter dem Anger	ohne Gehweg
4. Dorfstraße Abschnitt III	mit Gehweg
5. Borngasse	ohne Gehweg
6. An der Hasel Abschnitt III	ohne Gehweg
7. An der Stiegel	ohne Gehweg
8. Kirchstraße Abschnitt II	ohne Gehweg
9. Schulgasse	ohne Gehweg
10. Am Hohlstedter Weg	mit Gehweg einseitig
11. Am Park	mit Gehweg einseitig
12. Verbindung An der Hasel- Bahn	ohne Gehweg
13. Dorfstraße	ohne Gehweg
14. Gartensiedlung –Nebengasse	ohne Gehweg
15. Gartensiedlung – alt-	

II. Hauptstraßen

1. Am Anger	ohne Gehweg
2. Kirchstraße	ohne Gehweg
3. Dorfstraße Abschnitt II	mit Gehweg einseitig
4. Weg an der Bahn	ohne Gehweg

III. Durchgangsstraßen

1. Gartensiedlung Abschnitt I	mit Gehweg einseitig
2. Döbritscher Straße	mit Gehweg einseitig
3. Am Anger	ohne Gehweg
4. An der Hasel Abschnitt I	ohne Gehweg
5. An der Hasel Abschnitt II	ohne Gehweg
6. Seeweg Abschnitt I	ohne Gehweg
7. Dorfstraße Abschnitt I	mit Gehweg einseitig
8. Seeweg Abschnitt II	mit Gehweg einseitig
9. Über dem Anger	mit Gehweg einseitig

IV. Landesstraßen

1. L 1060	mit Gehweg einseitig
-----------	----------------------

Berechnung des Gemeindeanteils

a) Länge und Bestandteile der Straßen, sowie die von der Gemeinde zu tragenden Prozentsätze

Anliegerstraße	Länge in m	Breite in m	Länge X Breite in m ²	Anteil Gemeinde	gekürzte m ²
1. Hainweg	200	4,50	900	25 %	225,00
	137	5,00	685	25 %	171,25
Gehweg	69	1,90	131,10	25 %	32,78
2. Lindenallee, Fahrbahn	116	5,00	580	25 %	145,00
Gehweg	107	2,00	214	25 %	53,50
3. Unter dem Anger	416	4,00	1664	25 %	416,00
4. Dorfstraße Abschnitt III	50	4,00	200	25 %	50,00
5. Borngasse	50	5,00	250	25 %	62,50
6. An der Hasel Abschnitt III	118	7,00	826	25 %	206,50
7. An der Stiegel	90	4,50	405	25 %	101,25
8. Kirchstraße Abschnitt II	59	4,00	236	25%	59,00
9. Schulgasse	67	3,50	234,50	25 %	58,63
10. Am Hohlstedter Weg	85	6,00	510	25 %	127,50
Gehweg	72	1,50	108	25 %	27,00
11. Am Park	160	5,00	800	25 %	200,00
Gehweg	160	1,30	208	25 %	52,00
12. Verbindung An d. Hasel-Bahn	107	3,50	374,50	25 %	93,63
13. Dorfstraße	80	4,00	320	25 %	80,00
14. Gartensiedlung –Nebengasse	48	3,50	168	25 %	42,00
15. Gartensiedlung alt	110	3,70	407	25 %	101,75
gesamt			9221,10		2.305,29

Normale Straße (Hauptstraße)	Länge m	Breite m	Länge X Brei- te m ²	Anteil Gemein- de	gekürzte m ²
1. Dorfstraße Abschnitt II	310	5,50	1705,00	50 %	852,50
Gehweg	312	1,70	530,40	40 %	212,16
2. Am Anger	97	4,00	388,00	50 %	194,00
Gehweg	76	1,50	114,00	40 %	45,60
3. Kirchstraße	243	5,00	1215,00	50 %	607,50
4. Weg an der Bahn	441	4,50	1984,50	50 %	992,25
gesamt			5.936,90		2.904,01

Durchgangs- Straße	Länge m	Breite m	Länge X Brei- te m ²	Anteil Gemein- de	gekürzte m ²
1. Döbritscher Straße	334	5,00	1670,00	75%	1252,50
Gehweg	272	2,50	680,00	40 %	272,00
2. Gartensiedlung Abschnitt I	404	5,00	2020,00	75 %	1515,00
Gehweg	367	1,50	550,50	40 %	220,20
3. Am Anger	270	5,50	1485,00	75 %	1113,75
4. Über dem Anger	180	5,00	900,00	75 %	675,00
Gehweg	133	1,50	199,50	40 %	79,80
5. An der Hasel Abschnitt I	138	4,50	621,00	75 %	465,75
Gehweg	114	1,30	148,20	40 %	59,28
6. An der Hasel Abschnitt II	142	6,00	852,00	75 %	639,00
Gehweg	136	1,50	204,00	40 %	81,60
7. Seeweg Abschnitt I	98	6,00	588,00	75 %	441,00
8. Dorfstraße Abschnitt I	195	5,50	1072,50	75 %	804,38
Gehweg	174	1,70	295,80	40 %	118,32
9. Seeweg Abschnitt II	165	5,00	825,00	75 %	618,75
Gehweg	268	1,35	361,80	40 %	144,72
gesamt			12.473,30		8.501,05

Landesstraße	Länge m	Breite m	Länge X Breite m ²	Anteil Gemeinde	gekürzte m ²
1. Fahrbahn				entfällt	
Gehweg	150	2,00	300,00	40 %	120,00
gesamt			300,00		120,11

b) Berechnung der m² aller Bestandteile

Anliegerstraße	9221,10 m²	(gekürzt	2.305,29 m²)
normale Straße	5.936,90 m ²	(gekürzt:	2.904,01 m ²)
Durchgangsstraße	12.473,30 m ²	(gekürzt:	8.501,50 m ²)
Landesstraße	300,00 m ²	(gekürzt:	120,00 m ²)

insgesamt: 27.931,30 m² (gekürzt: 13.830,80 m²)

c) Berechnung des Mischsatzes der Abrechnungseinheit

$$\frac{100 \times 13.830,80}{27.931,30} = 49,51$$

Somit beträgt der Gemeindeanteil 50 %.